

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

28. Jahrgang

Berlin, den 24. Februar 1961

Nummer 8

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Februar 1961

Die internationale Situation

Das internationale Konjunkturgeschehen zu Beginn des Jahres 1961 wird durch die neuerliche Wirtschaftsabschwächung in den USA beherrscht; aber auch in Westeuropa ist das Wirtschaftswachstum nur noch verhalten.

Der konjunkturelle Rückschlag, der sich in den Vereinigten Staaten im Frühsommer des vorigen Jahres anbahnte, hat sich verstärkt. Die Industrieproduktion lag um die Jahreswende um 8 vH unter ihrem vor Jahresfrist erreichten Höchststand. Die Auftragsgänge der verarbeitenden Industrie haben ebenso wie die Auslieferungen weiterhin rückläufige Tendenz. Der Lagerabbau wurde forciert, ohne daß die Anpassung der Lager an die sinkenden Umsätze gelungen wäre. Die Bauaufwendungen sind zu Jahresbeginn erneut gefallen. Zwar zeigen die Bauaufträge eine gewisse Belebung, sie erklärt sich jedoch nur aus erhöhten öffentlichen Auftragserteilungen, hauptsächlich für den Straßenbau, während die Wohnbauaufträge noch weiter abgenommen haben. Die Arbeitslosenquote (saisonbereinigt) liegt bei nahezu 7 vH, dabei wirft insbesondere die hohe Zahl der längerfristig Arbeitslosen schwerwiegende Probleme auf.

Anzeichen für einen baldigen Tendenzwandel liegen zur Zeit noch nicht vor. Wenn auch die neue Regierung ihren Willen bekundet hat, der wirtschaftlichen Abschwächung wirksam entgegenzutreten, so werden durchgreifende Stützungsmaßnahmen kaum so kurzfristig durchgesetzt werden, daß weitere Einbrüche in die Wirtschaftstätigkeit vermieden werden können. Zwar hat die Regierung begonnen, öffentliche Ausgaben vorzuziehen, jedoch bedarf die Verwirklichung der Maßnahmen in vielen Fällen der Zustimmung des Kongresses, die die Regierung einzuholen zur Zeit sich bemüht (Verlängerung der Arbeitslosenunterstützungszahlungen, Erhöhung der Mindestlohnsätze). Aber auch Rücksichtnahme auf die amerikanische und die Weltöffentlichkeit, die in einem jeden Haushaltsdefizit schlechthin — unabhängig von der jeweiligen Auslastung des Produktions-

potentials —, eine inflatorische Bedrohung sieht, scheint die Regierung zu veranlassen, auch um den Preis einer Verlängerung der gegenwärtigen „recession“, behutsam vorzugehen.

Neben den Vereinigten Staaten gibt auch die Entwicklung in Großbritannien, die gegenwärtig durch Stagnation gekennzeichnet ist, Anlaß zur Besorgnis. Großbritannien hat vor allem Einbußen in seiner Ausfuhr hinnehmen müssen, aber auch der Konsumgütersektor stand im Zeichen eines Nachfragemangels. Die anhaltend rege Investitionstätigkeit der Wirtschaft jedoch läßt hoffen, daß die Unterbrechung des wirtschaftlichen Wachstums nur vorübergehend ist, zumal die Lockerung der Bedingungen für Konsumentenkredite den privaten Konsum anregen dürfte. Allerdings setzt die wiederum prekäre Außenwirtschaftslage Großbritanniens einer Produktionsausweitung, die ihrerseits die Voraussetzung für die Realisierung latent vorhandener Produktivitätsfortschritte sowie die weitere Rationalisierung des Produktionsapparates wäre, relativ enge Grenzen.

Die Kräftekonstellation in den meisten kontinental-europäischen Staaten läßt eine anhaltende, die Produktionsfaktoren jedoch keinesfalls voll auslastende Expansion ihrer Wirtschaftstätigkeit erwarten. Da, wo sich die Auslandsnachfrage wie in Italien und Frankreich spürbar abgeschwächt hat, waren kräftige Impulse von der Binnennachfrage zu verzeichnen, denen dank der in diesen Volkswirtschaften hohen Währungsreserven stattgegeben werden konnte.

Unter dem Einfluß der konjunkturellen Abschwächung in den USA und des verlangsamten Wachstums in Europa stehen die Weltrohstoffmärkte unverändert im Zeichen eines Überangebots, während sich gleichzeitig der internationale Konkurrenzkampf im Bereich der Fertigwaren weiter intensiviert hat. Dieser verstärkte Wettbewerb bildet ein erwünschtes Gegengewicht zu binnenwirtschaftlichen Preisauftriebstendenzen, mögen sie als Folge einer unzureichenden Angebotselastizität in den wenigen Ländern, die sich

noch in einer kräftigen Expansion befinden, auftreten oder Ausdruck dafür sein, daß die Unternehmer infolge ungenügender Auslastung ihrer Produktionskapazitäten in die Zone progressiver Kosten gedrängt werden.

Der Verzicht auf ein wirtschaftliches Wachstum aus überwiegend außenwirtschaftlichen Gründen, wie es gegenwärtig in den USA, aber auch wieder in Großbritannien der Fall ist, müßte noch weit bedenklicher stimmen, wenn sich nicht die Anzeichen dafür mehren würden, daß eine Überprüfung der internationalen Währungsordnung, unter deren Unzulänglichkeit der Wirtschaftsfortschritt leidet, im Gange ist. Ihren ersten Ausdruck haben diese Tendenzen in der geforderten und zum Teil auch schon praktizierten Annäherung der nationalen kurzfristigen Zinsniveaus gefunden, die destabilisierende Bewegungen kurzfristiger Mittel erschweren wird. Dabei sind die Vereinigten Staaten ihren Partnerländern insofern vorangegangen, als sie seit geraumer Zeit ein kurzfristiges Zinsniveau ansteuern, das weit höher als in früheren Perioden konjunktureller Abschwächung liegt, wodurch sie heimischen Geldern Anreiz für eine liquide Anlage im Inland zu bieten suchen. Gleichzeitig sind sie bemüht, durch Schuldenmanipulation — Rücknahme langfristiger Papiere und verstärkte Ausgabe attraktiv ausgestatteter kurz- und mittelfristiger Papiere — den Zinssatz für langfristige Papiere, ihren binnenwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechend, zu senken. Eine unmittelbare Beeinflussung des langfristigen Zinsniveaus wird, wenn sich die Ansichten der wirtschaftlichen Berater des Präsidenten durchzusetzen vermögen, künftig auch durch Ausdehnung der Offenmarkt-Operationen auf langfristige Schuldtitel angestrebt werden. Da andererseits die Bundesrepublik die Verbilligung kurzfristiger Gelder vorantreibt, und zwar stärker als es die binnenwirtschaftlichen Belange erfordern, bahnt sich eine internationale Zusammenarbeit im geld- und kreditpolitischen Sektor an, die geeignet ist, die der Geld- und Kreditpolitik innewohnende Antinomie binnen- und außenwirtschaftlicher Rückwirkungen zu entschärfen.

Neben dieser Kooperation im monetären Bereich kommt den Bestrebungen Bedeutung zu, die auf eine stärkere Mobilisierung der Reserven des Internationalen Währungsfonds abzielen. Die Hinzurechnung der — 1959 beachtlich aufgestockten — Ziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds zu den nationalen Währungsreserven würde in der Tat den außenwirtschaftlichen Spielraum der einzelnen Mitgliedsländer nicht unerheblich ausweiten. Ohne daß es aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Inanspruchnahme der Fondsreserven käme, würden die Regierungen der USA und Großbritanniens dadurch in den Stand gesetzt, der Binnenwirtschaft die für eine erneute Expansion notwendigen Anreize zu geben.

Westdeutschland

Das zunächst mit einem gewissen Zögern allmählich, aber doch mit größerem Nachdruck vollzogene Einschwenken der westdeutschen Geld-

und Kreditpolitik in eine weichere Linie findet in der konjunkturellen Konstellation der westdeutschen Wirtschaft, so wie sie sich heute in Gestalt einer nach wie vor ungebrochenen, jedenfalls keiner monetären Anregungen bedürftigen Hochkonjunktur darbietet, sicherlich kaum eine Erklärung. Die Bundesbank selbst hat daher auch verständlicherweise für diese Abkehr von ihrem restriktiven Kurs ausschließlich zahlungsbilanzpolitische Gründe genannt. Daß es sich bei diesen zahlungsbilanzpolitischen Gründen nicht nur, ja nicht einmal überwiegend um die Problematik jener laufenden Überschüsse der Leistungsbilanz handelt, die seit Jahren wegen eines hochaktiven Güter- und Leistungsaustausches mit dem Ausland besteht, sondern daß es vielmehr in erster Linie jener aufgeblähte Teil des Deviseneinstromes in das westdeutsche Bankensystem und in die westdeutsche Wirtschaft ist, der im vergangenen Jahr aus einer beschleunigt wachsenden kurzfristigen Verschuldung der Wirtschaft gegenüber dem Ausland resultierte, hat den Entschluß der Bundesbank zur Milderung der Restriktion nicht nur erleichtert, sondern geradezu zwingend gemacht. Zwingend nicht nur aus außenwirtschaftlichen Erwägungen, sondern auch unter den Aspekten selbst einer streng orthodoxen Notenbankpolitik, die eine unerwünschte Kreditexpansion im Innern zu verhindern und unter Kontrolle zu bringen versucht.

Denn soll schon die Kreditausweitung im Innern als vermeintlicher Indikator einer unerwünschten Expansion mit Mitteln der Zins- und Liquiditätspolitik in Schranken gehalten werden, dann ist die Abwehr eines zusätzlichen, vor allem aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen unerwünschten Kreditstroms aus dem Ausland mit Hilfe zinssenkender und liquiditätsanreichernder Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik gegenüber der geradezu zu dieser Kreditaufnahme im Ausland anreizenden harten Geldpolitik vorzuziehen. Die Gefahr, daß die aus inländischen Quellen gespeiste Kreditexpansion unter den erleichterten Zins- und Liquiditätsbedingungen wieder verstärkt werden sollte, also in dem Maße wieder zunimmt wie der Kreditstrom aus dem Ausland nachläßt und aufhört, ist jedenfalls das „kleinere Übel“ gegenüber einer bei hohen und ständigen Überschüssen der Leistungsbilanz systemwidrigen Finanzierung der Expansion durch Auslandskredite.

Der gegenwärtige Übergang zu einer auf Zinssenkung bedachten Geld- und Kreditpolitik vollzieht sich jedoch bereits bei einer Liquiditätsverfassung von Wirtschaft und Banken, die sich in ihrer Grundkonstellation sehr wesentlich von jener Situation des Überflusses an Zentralbankmitteln unterscheidet, wie sie in den Jahren vor der monetären Restriktion bestanden hatte. Wie immer man die Wirkung der restriktiven Geldpolitik auf den Konjunkturverlauf beurteilen mag — und in der Dämpfung der Übersteigerungen des Aufschwungs war ihre Wirkung nicht nur gering, sondern aus den bereits genannten Gründen sogar sehr fragwürdig —, ein (Neben-)Ziel hat diese restriktive Notenbankpolitik jedoch inzwischen erreicht: Sie hat das Ausmaß und

Tempo der Geld- und Kreditversorgung ebenso wie die Zinsentwicklung wieder in sehr viel stärkerem Maße unter ihre eigene Kontrolle und ihren eigenen Willen gebracht, als dies in den Phasen des Liquiditätsüberflusses möglich war.

Nachdem sich die Notenbank mit Hilfe ihrer liquiditätsabschöpfenden Maßnahmen im vergangenen Jahr durch die Liquiditätspolster der Banken gewissermaßen erst durcharbeiten mußte, bevor überhaupt an ein Effektivwerden der Restriktion gedacht werden konnte, d. h. nachdem sich diese Fülle durch die wachsenden Mindestreserveanforderungen inzwischen erheblich verringert hat und der Zins durch den Liquiditätsentzug zunächst einmal verteuert worden war, verfügt die Notenbank heute gerade im Hinblick auf die jetzt wieder angestrebte Zinssenkung für langfristige Mittel über durchaus wirksame operative Instrumente. Zumindest eines dieser Instrumente, nämlich der Abbau der Mindestreserven und eine dadurch ermöglichte tendenzielle Verflüssigung des Geldmarktes, wird für die Zinsentwicklung gerade auf den Rentenmärkten von entscheidender Bedeutung sein. Denn die aus der gegenwärtigen und wohl auch künftigen Marktkonstellation auf die Zinsentwicklung wirkenden Kräfte einschließlich der von dem Leistungsbilanzüberschuß ausgehenden Verflüssigungstendenzen deuten keineswegs — ohne eine sehr massive Hilfe von seiten der Notenbank — auf eine in absehbarer Zeit ins Gewicht fallende Senkung des Kapitalzinsniveaus hin.

Wenn auch die nach einer Phase verstärkter Anspannung jetzt wirksam gewordene Verflüssigung des Geldmarktes inzwischen auf den Kapitalmarkt, d. h. den Rentenmarkt, wieder stärker auszustrahlen beginnt und die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere steigende Tendenz haben, so ist dieser Tendenzwandel sicherlich in erster Linie auf die — durch die veränderte Notenbankpolitik bedingten — Erwartungen auf weitere Zinssenkungen und nicht durch einen grundlegenden Wandel der objektiven, die Konstellation des Kapitalmarktes letztlich bestimmen-

den Faktoren wie die gesamtwirtschaftliche Liquidität und deren Einfluß auf die Zinsentwicklung zurückzuführen.

Schon allein die der westdeutschen Wirtschaft mit immer stärkerem Nachdruck vom Ausland gestellte Aufgabe, ihre Kapitalbilanz aus der systemwidrigen Aktivität wieder in eine den Leistungsbilanzüberschüssen angemessene Passivität umzukehren, bedeutet für die künftige Liquiditätsentwicklung der westdeutschen Wirtschaft eher wachsende Anspannung als erneute Liquiditätsfülle.

Um so wichtiger und notwendiger ist es daher, daß die Notenbank diesen liquiditätsverknappenden Tendenzen mit dem ihr zur Verfügung stehenden Mittel einer entsprechenden Freigabe bisher gebundener Mindestreserven entgegenwirkt. Ob die Geld- und Kreditpolitik im Rahmen einer derartigen, auf Zinssenkung gerichteten Politik aus konjunkturellen Gründen diese Politik wieder glauht aufgeben zu müssen, hängt in erster Linie davon ab, ob die neuen — der heutigen volkswirtschaftlichen Problematik besser als die Lehrmeinungen früherer Jahre gerecht werdenden — Kriterien und Maßstäbe für die Beurteilung des konjunkturellen Ablaufs von den monetären Instanzen beibehalten werden.

Eine sich wiederum vornehmlich an der Preisentwicklung orientierende Notenbankpolitik würde mit einiger Wahrscheinlichkeit die — erwünschten — Lockerungsmaßnahmen bald wieder aufheben, denn der allgemeine Preistrend zeigt, wenn auch in bescheidenen Grenzen, einen weiter nach oben gerichteten Verlauf. Aber — wie an dieser Stelle schon wiederholt betont wurde — das „Gegenhalten“ gegen diese Tendenzen der Preisentwicklung sollte gerade unter den besonderen westdeutschen Verhältnissen um so weniger bei der Geld- und Kreditpolitik liegen, als die Wirtschaft, wie es die jüngsten Erfahrungen erneut gezeigt haben, bei ungebrochener Investitionsneigung in die Auslandsverschuldung ausweichen kann und damit die internationale Liquidität belastet.

Der westdeutsche Arbeitsmarkt im Winter 1960/61

Die anhaltend günstige konjunkturelle Situation sowie die fortgesetzten Bemühungen um eine kontinuierliche Beschäftigung in der Bauwirtschaft haben den jahreszeitlichen Beschäftigungsrückgang Ende 1960 in der Bundesrepublik in bemerkenswert engen Grenzen gehalten. Nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im vierten Vierteljahr 1960 nur um 116 000 (davon um 108 000 bei den Männern) vermindert. Bereits im letzten Quartal 1959 war die Abnahme der Beschäftigtenzahl, hauptsächlich infolge der damals eingeführten Schlechtwettergeldregelung in der Bauwirt-

schaft, sehr viel geringer als zur entsprechenden Zeit in den vorangegangenen Jahren; sie hatte aber immerhin mit 283 000 Personen noch fast das Zweieinhalbfache des Rückgangs im vierten Vierteljahr 1960 betragen.

Nach den Schätzungen des DIW waren Ende 1960 in der Bundesrepublik (ohne West-Berlin) 19,6 Millionen Arbeitnehmer¹⁾ (davon 13,0 Mill. Männer und 6,6 Mill. Frauen) beschäftigt, d. h. um etwa 470 000 oder 2,5 vH mehr als Ende 1959. Rund drei Viertel dieser Zunahme entfallen auf die Industrie, deren Beschäftigtenzahl Ende

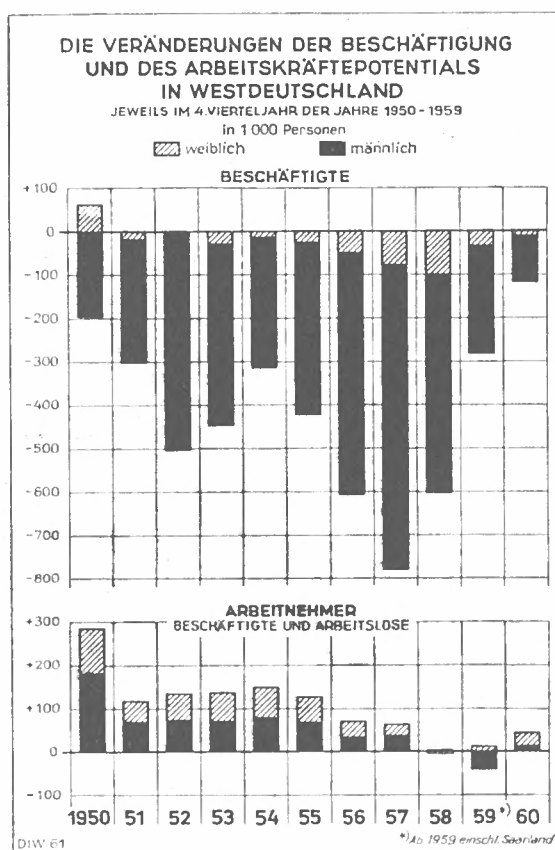
¹⁾ Einschl. Heimarbeiter und Soldaten.

Dezember 1960 (nach der Industrieberichterstattung) um 317 000 oder 4,2 vH über dem Vorjahrsstand lag. Die Industrie hat nicht nur Arbeitskräfte aus anderen Wirtschaftsbereichen an sich gezogen, sondern auch den größten Teil der im Jahre 1960 in die Bundesrepublik gelangten ausländischen Arbeiter aufgenommen.

Ende Juli 1960 waren in der Bundesrepublik 276 000, zwei Monate später 326 000 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Von den 50 000 im August und September hinzugekommenen Ausländern waren 30 000 durch die amtlichen Vermittlungsstellen gewonnen worden, die übrigen 20 000 hatten auf Grund von privater Initiative Beschäftigung in Westdeutschland gefunden. Im Oktober und November kamen durch amtliche Vermittlung noch weitere 16 000 ausländische Arbeitskräfte hinzu, so daß die Gesamtzahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländer Anfang Dezember 1960 — bevor ein Teil von ihnen für die Wintermonate in die Heimatländer zurückkehrte — annähernd 350 000, d. h. zweimal so viel wie 1959, betragen hat. Von der Zunahme gegenüber dem Vorjahr dürften mindestens 100 000 auf die Industrie entfallen sein.

Nicht zuletzt auf den Zugang an ausländischen Arbeitskräften ist es zurückzuführen, wenn die Zahl der (beschäftigten und arbeitslosen) Arbeitnehmer im vierten Vierteljahr 1960, nachdem sie im letzten Quartal der beiden vorangegangenen Jahre jeweils abgenommen hatte, erstmals wieder angestiegen ist (bei den Männern um 15 000, bei den Frauen um 30 000). Die absolut und relativ größere Zunahme bei den Frauen deutet aber darauf hin, daß auch aus dem Kreis der einheimischen, vorher nicht erwerbstätigen weiblichen Bevölkerung eine Anzahl Frauen die sich bietenden Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere in Verbindung mit dem Weihnachtsgeschäft und zum Teil wahrscheinlich in Teilzeitarbeit, ausgenutzt haben.

Da der saisonale Beschäftigungsrückgang im Bauhauptgewerbe im November und Dezember 1960 geringer war als zur entsprechenden Zeit 1959, war die Zahl der in diesem Wirtschaftszweig Beschäftigten, die Ende Oktober 1960 (nach der Bauberichterstattung) um 40 000 unter dem Vorjahrsstand gelegen hatte, Ende Dezember 1960 mit 1,307 Millionen nur um 7 000 niedriger als Ende Dezember 1959. Die Witterungseinflüsse wirkten sich regional sehr unterschiedlich auf die Beschäftigung in der Bauwirtschaft aus. So schwankte die Zahl der Ausfalltage, bezogen auf je 100 Arbeitnehmer des Baugewerbes (nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) im Dezember 1960 zwischen 197 in Niedersachsen und 30 in Süd-



bayern, bei einem Durchschnitt von 97 für das Bundesgebiet (ohne Saarland).

Entsprechend dem geringeren Beschäftigungsrückgang im vierten Quartal hat sich auch die saisonale Zunahme der Arbeitslosigkeit weiter vermindert. Von Ende Oktober bis Ende Dezember stieg die Zahl der Arbeitslosen 1959 insgesamt um 246 000, 1960 dagegen nur um 150 000 (bei den Männern allein 1959 um 205 000, 1960 um 118 000). Der Anteil derjenigen männlichen Arbeitslosen, die Ende Oktober noch im Baugewerbe gearbeitet hatten, an der Gesamtzahl der arbeitslosen Männer betrug Ende Dezember 1960 nur 52 vH gegen 73 vH Ende Dezember 1958 (ohne Saarland) und 63 vH Ende Dezember 1959.

Ein deutlicher Erfolg der Förderungsmaßnahmen für den Winterbau zeichnet sich darin ab, daß trotz des Kälteeinbruchs im Januar die Arbeitslosenzahl in diesem Monat nur um 119 000 auf insgesamt 390 000 angestiegen ist, so daß sich die Differenz gegenüber dem Vorjahrsstand, die Ende Dezember 1960 172 000 betragen hatte, Ende Januar 1961 auf 237 000 vergrößert hat.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1959			1960											
			Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Anzahl der Werktage			27	24,1	25	24,7	25	27	24	25	23,2	26	26,9	26	26	24,3	26
Arbeitsmarkt																	
Beschäftigte ¹⁾	BRD*)	1000	VD	19295	849	18980	870	19440	884	19630	890	19660	890	19660	876		
darunter weibliche ²⁾	BRD*)	vH	VD	33,3	33,7	33,7	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4		
Arbeitslose b. d. Arb.-Ämtern	BRD*)	1000	E	197	231	443	627	530	257	189	153	134	119	113	112	122	136
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern ³⁾	BRD*)	vH	"	38	43	69	57	52	41	36	31	28	21	20	19	20	22
Unterstützte Arbeitslose ⁴⁾	BRD*)	1000	M	150	165	282	523	530	332	171	130	108	93	86	81	83	92
Off.Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD*)	"	E	326	285	241	313	389	453	460	488	504	524	538	524	502	447
Arbeitslose je 100 off. Stellen	BRD*)	Anzahl	"	61	81	184	201	136	57	41	31	27	23	21	21	24	30
"	W-B	"	"	529	894	1956	1067	803	571	431	297	204	127	122	131	146	212
Einkommen																	
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD*)	10 ¹⁰	Mill. DM	S	2668,4	2711,8	2900,6	2652,8	2533,6	2803,0	2799,7	2894,3	2973,7	2956,3	3115,8	3094,4	3061,6
Gehälter in der Industrie	"	"	"	"	927,2	979,3	1077,6	1010,6	987,4	1014,0	1017,2	1033,6	1054,5	1064,5	1086,8	1099,1	1111,9
Beschäftigung d. Ind.⁵⁾																	
Gesamte Industrie	BRD*)	1000	E	7426,9	7462,9	7401,3	7567,8	7606,8	7651,5	7716,4	7746,9	7757,2	7792,4	7842,8	7875,1	7910,3	7952,6
Bergbau	"	"	"	592,1	588,7	584,0	638,3	634,4	630,4	628,4	623,5	618,3	612,5	608,0	604,4	600,7	600,0
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	1597,6	1599,7	1582,8	1622,3	1637,0	1666,1	1688,8	1700,7	1705,5	1717,7	1727,9	1729,5	1730,9	1733,1
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	2852,6	2874,2	2869,0	2919,2	2940,7	2957,2	2993,2	3012,8	3022,8	3042,3	3075,6	3094,7	3113,9	3135,3
Nahrungs- u. Genußm.-Ind. dar. i. d. Steine u. Erden	"	"	"	493,0	492,2	468,6	466,2	465,9	465,4	465,3	469,0	474,2	482,9	488,6	497,2	503,3	505,2
Eisenschaffende Ind.	"	"	"	259,2	254,6	241,0	221,7	225,9	247,6	259,2	263,5	264,7	266,6	267,2	261,8	258,7	247,2
Eisen-, Stahl- u. Tempergieß.	"	"	"	301,3	302,3	302,4	344,0	346,7	349,0	352,3	353,5	354,4	357,1	360,3	361,1	362,0	362,2
NE-Metallindustrie	"	"	"	128,9	130,0	129,9	137,5	138,4	138,4	139,3	140,0	140,5	140,9	142,5	143,2	144,5	145,2
Chemische Industrie	"	"	"	79,7	79,9	79,8	80,3	80,7	81,0	81,4	81,9	82,1	82,7	83,4	83,8	84,4	84,0
Stahlbau	"	"	"	433,2	435,1	433,5	436,8	440,1	442,8	446,9	451,4	453,3	456,9	460,4	461,3	462,5	464,4
Maschinenbau	"	"	"	183,9	183,9	182,3	188,8	188,7	189,5	191,5	192,7	192,5	194,4	197,4	199,3	200,8	202,1
Fahrzeugbau	"	"	"	872,3	878,5	878,9	899,2	903,8	909,1	924,8	931,6	934,8	939,9	948,4	952,6	957,2	961,3
Schiffbau	"	"	"	362,4	366,7	367,5	370,9	375,9	380,8	385,6	388,2	389,8	390,7	394,7	395,5	396,2	396,4
Elektrotechnische Ind.	"	"	"	98,7	98,3	97,4	97,3	97,0	96,6	96,5	98,4	98,1	98,6	98,3	98,3	98,3	97,0
Feinmech. u. opt. Ind.	"	"	"	673,8	679,8	678,2	688,9	694,7	702,0	708,7	714,9	720,5	728,9	741,8	751,7	759,5	767,2
Eisen-, Blech- u. Metallw.	"	"	"	142,1	143,2	142,8	144,0	145,4	145,4	149,9	147,8	147,9	148,0	149,4	149,8	150,9	151,9
Druckerei u. Vervielfältig.	"	"	"	384,3	387,3	385,4	387,1	389,1	389,0	391,0	392,1	391,6	395,9	395,7	396,6	399,4	402,7
Textilindustrie	"	"	"	216,5	218,0	216,8	217,6	218,2	218,6	218,6	219,0	218,1	218,2	218,7	219,8	221,3	223,4
Bekleidungsindustrie	"	"	"	174,3	174,6	174,2	169,7	170,4	171,1	173,1	173,7	173,8	174,1	174,1	176,4	177,0	177,9
Darunter Arbeiter ⁶⁾	BRD*)	1000	E	6054,1	6083,9	6022,3	6158,1	6188,6	6228,9	6267,4	6288,5	6294,9	6321,3	6357,2	6380,8	6409,4	6445,7
Gesamte Industrie	"	"	"	528,9	525,2	520,6	569,0	565,2	561,4	559,3	554,2	549,1	543,7	539,2	535,5	532,1	531,2
Bergbau	"	"	"	1285,7	1286,6	1269,7	1300,4	1313,1	1341,1	1357,4	1365,4	1369,4	1378,6	1386,7	1386,5	1386,5	1386,9
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	2252,0	2270,0	2263,5	2301,1	2318,2	2330,9	2352,7	2368,6	2375,3	239,9	2414,1	2428,9	2444,3	2461,8
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1607,8	1623,3	1612,8	1635,0	1640,6	1644,4	1649,1	1647,8	1643,7	1643,9	1646,5	1650,9	1662,4	1679,3
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	379,7	378,7	355,7	352,6	351,5	351,1	348,9	352,5	357,3	365,6	371,1	378,9	384,1	386,5
Geleistete Arbeiterstd.																	
Gesamte Industrie	BRD*)	1000	Mill.	S	1097,6	1059,7	1064,4	1027,0	1018,2	1123,3	1060,1	1093,1	1042,4	1045,9	1072,1	1114,6	1107,8
Bergbau	"	"	"	85,5	82,9	83,5	90,6	84,0	92,2	84,7	87,5	81,6	83,0	84,0	83,4	84,0	86,4
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	228,8	228,3	228,3	222,4	219,9	247,2	235,4	244,0	233,6	238,2	245,0	247,1	245,9	245,3
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	408,1	396,7	403,6	385,1	387,3	422,3	409,2	416,6	404,0	402,2	405,7	430,0	424,4	431,9
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	291,7	281,2	280,6	267,6	267,4	295,7	275,1	281,3	258,6	258,1	269,4	285,3	282,6	287,4
Tägliche Arbeitszeit ⁷⁾	BRD*)	1000	Std.	D	6,71	7,23	7,07	6,75	6,58	6,68	7,05	6,95	7,14	6,96	6,27	6,72	6,65
Gesamte Industrie	"	"	"	5,99	6,55	6,42	6,44	5,94	6,08	6,31	6,32	6,40	5,87	5,79	5,99	6,07	6,70
Bergbau	"	"	"	6,88	7,36	7,19	6,93	6,70	6,83	7,22	7,15	7,35	6,64	6,57	6,85	6,82	7,28
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	6,71	7,25	7,13	6,78	6,68	6,71	7,14	7,04	7,33	6,47	6,25	6,81	6,68	7,22
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	6,72	7,19	6,96	6,63	6,52	6,66	6,95	6,83	6,78	6,04	6,08	6,65	6,54	7,04
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	"	"	"	7,17	7,74	7,70	7,04	6,78	6,95	7,36	7,22	7,79	6,79	6,81	6,98	7,10	7,71
Produktionsergebnis⁸⁾																	
je Beschäftigten	BRD*)	1950=100	VD	163	168	181	153	158	178	163	169	185	154	159	185		
je Arbeiter	"	"	"														
je Arbeiterstunde	"	"	"														
Durchschnittl. Bruttost.- verdienst der Arbeiter⁹⁾																	
Lohnempfänger insgesamt	BRD*)	10 ¹⁰	Pf	D	251,3	271,0	254,3	274,3	263,1	282,6	263,1	282,6	273,1	293,9	280,8	301,3	
Männliche Arbeiter	"	"	"														
Weibliche Arbeiter	"	"	"														
Preisindex f. d. Lebens- haltung																	
Gesamt, untere Verbr.-gruppe	BRD*)	1938=100	D	197	198	198	197,6	197,4	197,1	197,0	197,2	196,8	199,3	197,7	196,9	195,6	196,6
" mittlere	"	"	"	191	192	192	192,0	191,6	191,4	191,4	191,6	191,2	192,6	192,0	191,7	191,0	192,4
" gehobene	"	"	"	189	190	190	189,9	189,5	189,3	189,4	189,7	189,2	190,1	190,5	190,1	191,1	191,4
Gesamt, mittl. Verbr.-gruppe	"	1950=100	"	123	123	123	123,2	122,9	122,8	122,8	122,9	122,6	123,5	123,2	123,0	122,5	123,2
Ernährung	"	"	"	131	133	132	131,7	131,0	130,8	130,5	130,8	130,2	131,7	128,6	127,0	125,4	126,3
Getränke u. Tabakwaren	"	"	"	85	85	85	84,9	84,9	84,9	84,9	84,9	84,9	85,0	85,0	85,0	85,0	85,0
Wohnung	"	"	"	123	123	123	123,6	123,7	123,7	124,4	124,4	124,4	125,4	135,0	138,9	139,9	140,1
Heizung und Beleuchtung	"	"	"	146	146	146	146,8	147,0	146,9	145,9	145,9	146,2	146,8	147,1	147,8	149,2	149,8
Hausrat	"	"	"	112	112	112	111,7	111,6	111,								

Gegenstand	Einheit †)	1959			1960												
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Ver. St. v. Amerika																	
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	V ¹⁵⁾	.	.	486,4	.	.	501,3	.	.	505,0	.	.	503,5	.	.	.
Privater Verbrauch	"	" ¹⁶⁾	.	.	319,6	.	.	323,3	.	.	329,0	.	.	328,3	.	.	.
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	"	.	.	70,4	.	.	80,5	.	.	77,5	.	.	74,5	.	.	.
Öffentlicher Bedarf	"	"	.	.	96,4	.	.	97,5	.	.	98,6	.	.	100,7	.	.	.
Erwerbstätige ¹⁾	1000	E	66831	65640	65699	64020	64520	64267	66159	67208	68579	68689	68282	67767	67490	67182	66009
Arbeitslose	"	"	3272	3670	3577	4149	3931	4206	3660	3459	4423	4017	3788	3388	3579	4031	4540
Ind. Produktion ²⁾	1957 = 100	D	102	103	109	111	110	109	109	110	109	110	108	107	107	105	103
Lagerhaltung verarb. Ind. 8)	Mrd. \$	E	51,5	51,6	52,4	53,3	53,9	54,3	54,7	55,0	55,1	54,9	55,0	54,7	54,3	.	.
Außenh., Generaleinfuhr	Mill. \$	S	1202	1282	1478	1187	1288	1875	1257	1260	1313	1159	1228	1160	1157	1161	.
Generalausfuhr	"	"	1482	1479	1674	1562	1576	1751	1823	1810	1738	1699	1613	1610	1744	1796	1795
Goldbestand	"	E	19498	19581	19482	19454	19429	19410	19386	19356	19343	19245	19052	18870	18571	18058	17954
Konsumkredite ¹⁰⁾	"	S	38659	39024	39852	39738	39785	40020	40651	41125	41752	42050	42378	42517	42591	42703	.
Emissionen ⁴⁾	"	"	4121	1722	1942	1958	2127	2077	4579	1951	2493	1626	3177	1822	1893	.	.
Aktienkurse (500 Aktien) ⁵⁾	1941/43 = 100	D	57,00	57,23	59,06	58,03	55,78	55,02	55,73	55,22	57,26	55,84	56,51	54,81	53,73	55,47	56,80
Rendite öff. Anleihen	%	"	4,11	4,12	4,27	4,37	4,22	4,08	4,17	4,16	3,99	3,86	3,79	3,82	3,91	3,98	3,88
Staatseinnahmen	Mill. \$	S	3626	7152	8350	5425	9289	12217	7468	9725	12804	3976	8590	10211	3641	7900	.
Staatsausgaben	"	"	6868	6598	6844	6157	6142	6423	6032	6073	6590	6172	6803	6793	6829	.	.
Großhandelspreise ⁶⁾	1947/49 = 100	D	119,1	118,9	118,9	119,3	119,3	120,0	120,0	119,7	119,5	119,7	119,2	119,2	119,6	119,6	.
Lebenshaltungskosten ⁷⁾	17. 1. 1956 = 100	M	125,5	125,6	125,5	125,4	125,6	125,7	126,2	126,3	126,5	126,6	126,6	126,8	127,3	127,4	127,5
Großbritannien																	
Bruttosozialprodukt	Mill. £	V	.	.	5489	.	.	5233	.	.	5568	.	.	5435	.	.	.
Privater Verbrauch	"	"	.	.	4236	.	.	3830	.	.	4122	.	.	4102	.	.	.
Bruttoinvestition einschl. Außenbeitrag	"	"	.	.	959	.	.	1129	.	.	1108	.	.	1037	.	.	.
Öffentlicher Verbrauch	"	"	.	.	1000	.	.	1055	.	.	1041	.	.	1016	.	.	.
Erwerbstätige ¹⁾	1000	E	23412	23432	23300	23317	23338	23343	23420	23523	23593	23662	23771	23779	23822	23839	.
Registrierte Arbeitslose	"	"	419,0	430,5	420,9	460,6	450,0	413,2	391,2	341,2	305,1	292,0	321,4	305,2	328,5	351,8	365,0
Ind. Produktion ²⁾	1954 = 100	D	123	125	116	120	123	126	120	125	119	109	105	124	127	127	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. £	S	345,6	347,4	361,2	355,0	355,0	379,8	362,0	377,9	374,1	370,5	369,0	350,5	366,5	407,8	370,8
Spezialausfuhr	"	"	306,9	298,3	296,6	316,3	295,8	308,1	307,3	317,5	275,0	274,8	279,8	259,9	257,2	342,3	302,7
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	3024	2974	2736	2685	2722	2780	2831	2859	2892	2996	3072	3108	3139	3167	3231
Emissionen ⁴⁾	Mill. £	"	.	.	124,0	.	.	150,4	.	.	142,7	.	.	143,0	.	.	171,3
Aktienkurse (Fin. Times)	1935 = 100	D	285,0	302,1	318,5	331,1	322,5	317,8	315,4	308,9	318,0	313,1	325,7	331,1	325,9	312,1	300,6
Rendite öff. Anleihen	%	"	4,93	4,83	4,99	5,15	5,16	5,28	5,35	5,33	5,55	5,64	5,60	5,48	5,52	5,44	5,63
Staatseinnahmen	Mill. £	S	353,6	399,1	361,9	899,9	771,0	605,1	321,8	436,7	360,2	341,1	460,1	409,9	357,2	409,1	421,6
Staatsausgaben	"	"	414,1	361,4	546,7	453,8	423,9	553,4	445,3	360,6	509,4	415,7	461,1	505,9	396,1	406,6	648,0
Großhandelspreise industrieller Güter ¹⁰⁾	1954 = 100	D	111,6	111,7	111,8	111,9	111,9	111,9	112,5	113,0	113,2	113,4	113,5	113,5	113,6	113,7	113,9
Lebenshaltungskosten ¹¹⁾	17. 1. 1956 = 100	"	109,2	110,0	110,2	109,9	109,9	109,7	110,3	110,3	110,9	111,1	110,4	110,5	111,4	111,9	112,2
Frankreich																	
Arbeitslose	1000	E	134,7	146,6	156,1	174,3	170,0	152,9	140,8	124,8	108,1	103,0	103,2	107,7	116,4	127,7	132,9
Ind. Produktion	1952 = 100	D	168	181	183	176	177	174	179	183	181	169	119	177	181	192	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mrd. frs./Mill. NF	S	225,2	221,0	266,2	2494	2700	2806	2664	2659	2463	2545	2216	2462	2337	2620	3040
Spezialausfuhr	"	"	274,2	262,0	291,0	2925	2997	3004	2747	2841	2732	2784	2119	2717	3065	2932	3025
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1911	1793	2020	1738	1781	1854	1932	2026	1987	1988	2098	2110	2136	2068	2070
Emissionen v. Oblig.	Mrd. frs./1000 NF	"	44,2	31,0	26,1	78,0	191,4	250,6	326,1
Aktienkurse (124 Ind.-Akt.)	31. 12. 58 = 100	D	147,4	155,4	156,0	141,1	147,2	143,9	152,7	155,7	162,0	167,2	175,2	165,3	159,6	167,0	162,5
Rendite öff. Anleihen	%	"	5,22	5,07	5,03	5,13	5,27	5,17	5,17	5,02	5,20	5,18	5,15	5,18	5,18	5,09	.
Großhandelspreise (319 W.)	1949 = 100	"	177,9	178,4	179,2	180,6	179,2	178,4	180,1	181,9	177,4	176,9	177,0	178,7	179,6	181,0	182,5
Lebenshaltungskosten ¹²⁾	1. 7. 56 - 30. 6. 57 = 100	"	127,6	128,4	128,4	130,1	130,4	130,4	130,6	130,3	130,2	130,7	131,9	132,1	132,3	132,7	133,0
Italien																	
Arbeitslose	1000	E	974	.	.	1279	.	.	772	.	.	629
Ind. Produktion ¹⁰⁾	1953 = 100	D	178,1	171,9	171,5	165,2	174,1	189,0	178,6	189,5	180,4	190,1	153,8	192,9	191,7	186,1	.
Außenhandel, Einfuhr	Mill. Lire	S	187	195	191	219	248	254	242	260	232	271	217	241	262	255	.
Ausfuhr	"	"	165	172	187	145	192	210	190	206	180	199	181	193	210	184	.
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	D	3230	3267	2963	2900	2869	2835	2863	2876	2898	2992	3097	3083	3065	.	.
Aktienkurse	1953 = 100	E	280,8	301,1	311,6	328	323	318	329	348	388	405	477	512	463	417	.
Rendite öff. Anleihen	%	D	5,37	5,39	5,36	5,25	5,23	5,28	5,30	5,29	5,23	5,11	5,11	5,15	5,30	5,32	5,30
Großhandelspreise	1953 = 100	D	98,9	99,2	99,3	99,5	94,1	98,7	98,6	98,7	98,4	98,6	98,6	98,5	98,6	99,0	99,0
Lebenshaltungskosten	"	"	113,8	114,3	114,7	115,3	115,1	114,9	114,8	115,0	115,0	115,5	115,7	115,6	115,6	116,1	116,3
Niederlande																	
Arbeitslose	1000	E	64,4	71,6	98,0	101,7	90,3	70,1	58,7	44,8	41,4	45,4	41,6	39,9	40,2	45,1	61,5
Ind. Produktion, arbeitstgl.	1953 = 100	D	145	142	146	150	155	155	159	163	159	157	152	155	158	157	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	1331	1308	1406	1338	1324	1555	1332	1415	1461	1478	1289	1462	1538	1480	.
Spezialausfuhr	"	"	1364	1289	1274	1090	1258	1364	1187	1254	1222	1238	1164	1390	1402	1371	.
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1353	1350	1355	1363	1379	1401	1394	1397	1467	1481	1465	1561	1627	1628	1742
Emissionen ¹³⁾	Mill. hfl.	"	196,4	73,6	44,7	207,2	7,9	295,5	9,3	306,4	109,9	157,1	116,5	114,2	8,7	406,2	
Aktienkurse	1953 = 100	D	305,9	319,7	344	359	338	338	362	364	413	410	424	408	402	401	391
Rendite öff. Anleihen	%	"	4,18	4,18	4,21	4,29	4,27	4,30	4,29	4,28	4,26	4,20	4,08	4,17	4,17	4,09	4,05
Großhandelspreise	1948 = 100	D	145	145	143	142	141	139	139	139	139	138	137	137	137	137	.
Lebenshaltungskosten	1951 = 100	M	125	126	126	126	126	125	127	126	126	127	127	128	127	127	127
Belgien																	
Arbeitslose ¹⁴⁾	1000	D	157	161	199	252	229	177	161	148	137	127,5	121,5	119	121	132	.